

Sicherheitsüberprüf ung

Art von Überprüfung

Die **Sicherheitsüberprüfung** in Deutschland ist ein Verfahren zur Überprüfung einer Person, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden soll. Für den Bund sind Voraussetzungen und Verfahren im Sicherheitsüberprüfungsgesetz geregelt. Daneben bestehen

Sicherheitsüberprüfungsgesetze der Länder.

Eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit übt beispielsweise aus, wer

- Zugang zu Verschlusssachen hat oder ihn sich verschaffen kann, die in die Geheimhaltungsgrade *STRENG GEHEIM*, *GEHEIM* oder *VS-VERTRAULICH* eingestuft sind oder
- an einer sicherheitsempfindlichen Stelle innerhalb einer lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtung beschäftigt ist (§ 1 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_1.html). Abs. 2 SÜG)

Zusätzlich kann sich die Pflicht zur Sicherheitsüberprüfung aus anderen Gesetzen ergeben. Beispielsweise sieht § 37 (https://www.gesetze-im-internet.de/sg/_37.html). Abs. 3 SG für alle Personen eine einfache Sicherheitsüberprüfung nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz vor, deren erstmalige Berufung in ein Dienstverhältnis als Berufssoldat oder Soldat auf Zeit beabsichtigt ist. Entsprechendes gilt für Personen, die für das Bundeskriminalamt tätig werden sollen (§ 68 (https://www.gesetze-im-internet.de/bkag_2018/_68.html). BKAG).

Stufen

Das SÜG kennt drei Stufen von Sicherheitsüberprüfungen:

- Die **einfache Sicherheitsüberprüfung** („Ü1“) nach § 8 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_8.html). SÜG ist u. a. für Personen durchzuführen, die Zugang zu als *VS-VERTRAULICH* eingestuften Verschlusssachen erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können, sowie für Personen, die in einer Stelle beschäftigt werden sollen, die von der Nationalen Sicherheitsbehörde zum Sicherheitsbereich erklärt worden ist

(§ 1 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_1.html)). Abs. 2 Nr. 3 SÜG).

- Die **erweiterte Sicherheitsüberprüfung** („Ü2“) nach § 9 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_9.html). SÜG ist für Personen durchzuführen, die Zugang zu als *GEHEIM* eingestuften Verschlusssachen oder einer hohen Anzahl als *VS-VERTRAULICH* eingestuften Verschlusssachen erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können, sowie für Personen, die an einer Stelle beschäftigt werden sollen, die dem vorbeugenden personellen Sabotageschutz (§ 1 (<https://www.ges>

etze-im-internet.de/s_g/___1.html).

Abs. 4 SÜG) unterliegen.

- Die **erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen („Ü3“)**

nach § 10 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/___10.html). SÜG ist für

Personen durchzuführen, die Zugang

zu als *STRENG GEHEIM* eingestuften

Verschlusssachen oder einer hohen

Anzahl als *GEHEIM* eingestuften

Verschlusssachen erhalten sollen oder

ihn sich verschaffen können, sowie bei

Personen, die bei einem der

Nachrichtendienste des Bundes oder

einer Behörde Tätigkeiten mit

vergleichbarer

Sicherheitsempfindlichkeit
wahrnehmen sollen.

Für Bewerber und Mitarbeiter der Nachrichtendienste des Bundes sowie für andere Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit bei diesen betraut werden sollen (§ 9 (http://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_9.html). Abs. 3 SÜG), ist grundsätzlich eine erweiterte Sicherheitsüberprüfung mit Sicherheitsermittlungen durchzuführen (§ 10 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_10.html). Nr. 3 SÜG). Dieser Personenkreis hat bei der Sicherheitserklärung zusätzliche Angaben zu machen sowie zwei

Lichtbilder beizufügen (§ 13 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_13.html)). Abs. 4 SÜG). Bei ihnen erstreckt sich die Überprüfung nicht auf einen Zeitraum der letzten fünf, sondern der letzten zehn Jahre (§ 12 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_12.html)). Abs. 6 S. 1 SÜG). Bei deren Sicherheitsüberprüfung kann die Angabe der erhebenden Stelle (Nachrichtendienste des Bundes) gegenüber den sonstigen zu befragenden Personen oder öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen unterbleiben, wenn dies zum Schutz der betroffenen Person oder des Nachrichtendienstes erforderlich ist (§ 11 (<https://www.gesetze-im-internet.d>

e/s_g/_11.html). Abs. 1 S. 2 SÜG). Die Unterrichtung über das Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung unterbleibt bei Bewerbern bei den Nachrichtendiensten des Bundes sowie für andere Personen, die mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit bei diesen betraut werden sollen (§ 14 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_14.html). Abs. 4 S. 2 SÜG).

In der Regel gilt das Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung für fünf Jahre. Nach dem Ablauf ist die Sicherheitsüberprüfung zu aktualisieren. Bei erweiterten Sicherheitsüberprüfungen mit Sicherheitsermittlungen (Ü3) ist in der

Regel nach zehn Jahren eine Wiederholungsüberprüfung (Durchführung einer erneuten Erstüberprüfung) einzuleiten (§ 17 (http://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_17.html), § 28 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_28.html). SÜG).

Die Sicherheitsüberprüfung kann ohne Einschränkungen, mit Einschränkungen/Auflagen oder mit der Feststellung eines Sicherheitsrisikos abgeschlossen werden (§ 14 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_14.html). SÜG).

Im Sinne des
Sicherheitsüberprüfungsgesetzes liegt
ein Sicherheitsrisiko vor, wenn
tatsächliche Anhaltspunkte

1. Zweifel an der Zuverlässigkeit des
Betroffenen bei der Wahrnehmung
einer sicherheitsempfindlichen
Tätigkeit begründen oder
2. eine besondere Gefährdung durch
Anbahnungs- und
Werbungsversuche fremder
Nachrichtendienste, insbesondere
die Besorgnis der Erpressbarkeit,
begründen oder
3. Zweifel am Bekenntnis des
Betroffenen zur freiheitlichen

demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes oder am jederzeitigen Eintreten für deren Erhaltung begründen (§ 5 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_5.html)). Abs. 1 SÜG).

Bei Feststellung eines Sicherheitsrisikos darf die betroffene Person nicht mit einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit betraut werden.

Die sicherheitserheblichen Erkenntnisse können sich sowohl über die zu überprüfende Person als auch den einzubeziehenden Partner (Ehe- oder Lebenspartner) ergeben (§ 5 (<https://www>

www.gesetze-im-internet.de/s_g/_5.html).

Abs. 1 Satz 2 SÜG).

Nach Feststellung eines Sicherheitsrisikos kann eine erneute Sicherheitsüberprüfung in der Regel nach dem Ablauf von fünf Jahren erneut eingeleitet werden. Ein wichtiger Grundsatz des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes ist: Im Zweifel für die Sicherheit (§ 14 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_14.htm)). Abs. 3 SÜG). Dieser Grundsatz bedeutet, dass wenn Anzeichen für ein Sicherheitsrisiko bestehen, die Überprüfung mit der Feststellung eines Sicherheitsrisikos abgeschlossen wird.

Maßnahmen bei den einzelnen Überprüfungsarten

Die Maßnahmen bei den einzelnen Überprüfungsarten sind in § 12 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_12.htm

l). SÜG festgelegt. Die drei Überprüfungsarten bauen aufeinander auf, d. h. die erweiterte

Sicherheitsüberprüfung (Ü2) beinhaltet die Maßnahmen der einfachen Sicherheitsüberprüfung (Ü1).

Bei der **einfachen**

Sicherheitsüberprüfung (Ü1) werden zunächst die Angaben der

Sicherheitserklärung (s. u.) der zu überprüfenden Person unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bewertet. Bei Angehörigen der Bundeswehr (Soldaten wie auch Zivilpersonal) führt die Überprüfung der Militärische Abschirmdienst durch. Zudem wird eine unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister (BZR) eingeholt, und es gehen Anfragen an das Bundeskriminalamt (BKA), das Bundespolizeipräsidium, die zuständige Staatsanwaltschaft und die Nachrichtendienste des Bundes.

Bei der **erweiterten Sicherheitsüberprüfung (Ü2)** gehen zusätzlich Anfragen an die Polizeidienststellen der innegehabten Wohnsitze des Betroffenen (in der Regel beschränkt auf die letzten fünf Jahre), und auch seine Identität wird überprüft. Sofern es sich um keine Stelle/Beschäftigung handelt, die dem vorbeugenden personellen Sabotageschutz (§ 1 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_1.html), Abs. 4 SÜG) unterliegt, wird zusätzlich auch der Ehegatte oder Lebenspartner des Betroffenen in die Sicherheitsüberprüfung miteinbezogen und soll dieser Einbeziehung zustimmen.

Die im Gesetz verwendete Formulierung „soll“ bedeutet praktisch jedoch ein „muss“, denn ohne die Zustimmung der einzubeziehenden Person kann die Sicherheitsüberprüfung der betroffenen Person nicht durchgeführt werden. Die nicht erteilte Zustimmung hemmt den Beginn oder – wird sie später zurückgezogen – den Fortgang der Überprüfung. In begründeten Ausnahmefällen kann jedoch beantragt werden, auf die Einbeziehung der einzubeziehenden Person zu verzichten.

Bei der **erweiterten**

Sicherheitsüberprüfung mit

Sicherheitsermittlungen (Ü3) werden

zusätzlich die von dem Betroffenen in seiner Sicherheitserklärung angegebenen Referenzpersonen und weitere geeignete Auskunftspersonen befragt, um zu prüfen, ob die Angaben des Betroffenen zutreffen und ob tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen, die auf ein Sicherheitsrisiko schließen lassen. Eine erneute Sicherheitsüberprüfung erfolgt nach einer abgelaufenen Frist von fünf Jahren.

Zu überprüfende Personen, die aus der DDR stammen und vor dem 1. Januar 1970 geboren sind, müssen ein Auskunftersuchen an den Bundesbeauftragten für die Unterlagen

des Staatssicherheitsdienstes der
ehemaligen Deutschen Demokratischen
Republik (BStU) über eine eventuelle
Mitarbeit für den Staatssicherheitsdienst
der DDR stellen (§ 12 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_12.html). Abs. 4
SÜG). Bei der Ü2 und Ü3 muss auch die
einzubeziehende Person (in der Regel der
Lebensgefährte, Lebenspartner oder
Ehegatte) diesen Antrag stellen. Der
Versand des Antrages erfolgt von der
einleitenden Behörde, diese wird auch
über das Ergebnis informiert. Dieser
Antrag wird auch bei der regelmäßigen
Aktualisierung bzw. Wiederholung der
Sicherheitsüberprüfung neu gestellt und
an den Bundesbeauftragten übersandt.

In besonderen Fällen, insbesondere beim Aufdecken bestimmter Verdachtsfälle, kann die mitwirkende Behörde weitere geeignete Auskunftspersonen oder andere geeignete Stellen, insbesondere Staatsanwaltschaften oder Gerichte, befragen oder Einzelmaßnahmen der nächsthöheren Art der Sicherheitsüberprüfung durchführen (§ 12 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_12.html). Abs. 5 SÜG).

Sicherheitserklärung

Die zu überprüfende Person hat eine Sicherheitserklärung abzugeben. In ihr sind (je nach Überprüfungsart können einige Punkte wegfallen oder auf mit der

Person in Beziehung stehende Personen
ausgeweitet werden) anzugeben:

1. Namen, auch frühere, Vornamen,
auch frühere

2. Geburtsdatum, -ort,

2a. Geschlecht

3. Staatsangehörigkeit, auch frühere
und weitere Staatsangehörigkeiten,

4. Familienstand und das Bestehen
einer auf Dauer angelegten
Gemeinschaft,

5. Wohnsitze und Aufenthalte von
längerer Dauer als zwei Monate, und
zwar im Inland in den vergangenen
fünf Jahren, im Ausland ab dem 18.

Lebensjahr, in jedem Fall aber in den vergangenen fünf Jahren,

6. ausgeübter Beruf,

7. Arbeitgeber und dessen Anschrift,

8. private und berufliche telefonische oder elektronische Erreichbarkeit,

9. im Haushalt lebende Personen über 18 Jahre (Namen, auch frühere,

Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Verhältnis zu dieser Person),

10. Eltern, Stief- oder Pflegeeltern

(Namen, auch frühere, Vornamen,

Geburtsdatum, Geburtsort,

Staatsangehörigkeit und Wohnsitz),

11. Ausbildungs- und

Beschäftigungszeiten, Wehr- oder

Zivildienstzeiten mit Angabe der
Ausbildungsstätten,
Beschäftigungsstellen sowie deren
Anschriften, für Zeiten der
Nichtbeschäftigung den
Aufenthaltort, sofern der jeweilige
Zeitraum ununterbrochen mehr als drei
Monate umfasst,

12. Nummer des Personalausweises
oder Reisepasses sowie die
ausstellende Behörde und das
Ausstellungsdatum,

13. laufende oder in den vergangenen
fünf Jahren abgeschlossene
Insolvenzverfahren, in den
vergangenen fünf Jahren gegen sie
durchgeführte

Zwangsvollstreckungsmaßnahmen
und ob zurzeit die finanziellen
Verpflichtungen erfüllt werden können,

14. Kontakte zu ausländischen

Nachrichtendiensten oder zu

Nachrichtendiensten der Deutschen

Demokratischen Republik, die auf

einen Anbahnungs- und

Werbungsversuch hindeuten können,

15. Beziehungen zu

verfassungsfeindlichen

Organisationen,

16. anhängige Strafverfahren

einschließlich Ermittlungsverfahren

und Disziplinarverfahren,

16a. strafrechtliche Verurteilungen im

Ausland,

17. Wohnsitze, Aufenthalte, Reisen, nahe Angehörige und sonstige Beziehungen in und zu Staaten, in denen nach Feststellung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat besondere Sicherheitsrisiken für die mit sicherheitsempfindlicher Tätigkeit befassten Personen zu besorgen sind,

18. drei Referenzpersonen (Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Beruf, berufliche und private Anschrift und telefonische oder elektronische Erreichbarkeit sowie zeitlicher Beginn der Bekanntschaft) nur bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 10,

19. frühere Sicherheitsüberprüfungen und Zuverlässigkeitsüberprüfungen,
20. die Adressen eigener Internetseiten und die Mitgliedschaften in sozialen Netzwerken im Internet nur bei einer Sicherheitsüberprüfung nach den §§ 9, 10 und bei einer Sicherheitsüberprüfung nach § 8 für Angehörige des Geschäftsbereichs des Bundesministeriums der Verteidigung.

Bei Sicherheitsüberprüfungen der Bewerber sowie Mitarbeiter der Nachrichtendienste des Bundes sind zusätzlich anzugeben:

1. die Wohnsitze seit der Geburt,

2. die Kinder,
3. die Geschwister,
4. abgeschlossene Strafverfahren einschließlich Ermittlungsverfahren und Disziplinarverfahren,
5. alle Kontakte zu ausländischen Nachrichtendiensten oder zu Nachrichtendiensten der Deutschen Demokratischen Republik,
6. zwei Auskunftspersonen (Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, telefonische oder elektronische Erreichbarkeit und Verhältnis zur Person) zur Identitätsprüfung der betroffenen Person,

7. im Falle des Vorhandenseins einer mitbetroffenen Person zwei Auskunftspersonen (Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Geburtsort, Anschrift, telefonische oder elektronische Erreichbarkeit und Verhältnis zur Person) zu deren Identitätsprüfung.

Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken

Gemäß § 13 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/_13.html). Abs. 1 Nr. 17 SÜG legt das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) fest, bei welchen Staaten besondere Sicherheitsrisiken für die mit

sicherheitsempfindlichen Tätigkeiten befassten Personen bestehen. Reisen in diese Staaten müssen bei der Sicherheitserklärung angegeben werden.

Die heutige Staatenliste wurde am 29. April 1994 veröffentlicht und regelmäßig aktualisiert. Vorgänger war die „Anordnung der Bundesregierung über Reisen von Bundesbediensteten in und durch den kommunistischen Machtbereich (Reiseanordnung)“ vom 6. Juni 1973 bzw. der Staatenliste der neugefassten Reiseanordnung vom 20. Dezember 1989 in der jeweils geltenden Fassung. Grundlage der Festlegung der Staaten sind Erkenntnisse

des Auswärtigen Amtes (AA) über die politischen Verhältnisse und die Rechtsordnung in den Staaten sowie insbesondere Erkenntnisse und Beurteilungen der Nachrichtendienste des Bundes (Bundesnachrichtendienst (BND), Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), Militärischer Abschirmdienst (MAD)) z. B. über nachrichtendienstliche Gefährdung der Mitarbeiter an deutschen Auslandsvertretungen, die Arbeitsweisen der Nachrichtendienste dieser Staaten und die nachrichtendienstlichen Aktivitäten gegen Deutschland sowie über Aktivitäten terroristischer und

krimineller Vereinigungen in diesen Staaten.

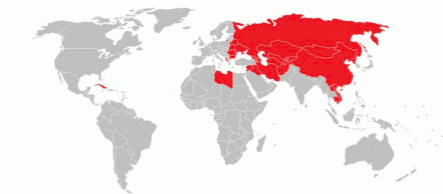
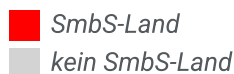
Das BMI prüft unter Beteiligung des Bundeskanzleramtes (BKAmt), des AA, des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) sowie des BfV regelmäßig, ggf. anlassbezogen oder auf Antrag eines der vorgenannten Beteiligten, ob ein Staat aus der Staatenliste herausgenommen werden kann oder in die Staatenliste neu aufgenommen werden muss. Das BKAmt und das BMVg beteiligen hierbei auch den BND und den MAD.

Die Staatenliste enthält aktuell folgende Länder (sofern nicht anders angegeben, seit dem 29. April 1994):^[1]



Karte „Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken“ (SmbS)

Stand: Januar 2020



Entwicklung der Staaten auf der Staatenliste

1. Afghanistan

2. Algerien (seit 6. Juni 1997)

3. Armenien

4. Aserbaidshan
5. Belarus
6. China (einschließlich Hongkong seit
1. Juli 1997 und Macau seit
20. Dezember 1999)
7. Georgien
8. Irak
9. Iran
10. Kasachstan
11. Kirgisistan
12. Korea, Demokratische Volksrepublik
13. Kuba
14. Laos
15. Libanon (seit 6. Juni 1997)
16. Libyen

17. Moldau

18. Pakistan (seit 15. Juli 2014)

19. Russland

20. Sudan (seit 6. Juni 1997)

21. Syrien

22. Tadschikistan

23. Turkmenistan

24. Ukraine

25. Usbekistan

26. Vietnam

Ehemalige Staaten auf der Staatenliste

Staat	seit	bis
<u>Albanien</u>	29. Apr. 1994	1. Apr. 2009
<u>Bosnien und Herzegowina</u>	6. Juni 1997	24. Jan. 2020
<u>Bulgarien</u>	29. Apr. 1994	20. Dez. 2000
<u>Jugoslawien</u>	6. Juni 1997	15. Juni 2004 ¹
<u>Kambodscha</u>	29. Apr. 1994	15. Okt. 2010
<u>Kosovo</u>	10. Apr. 2008 ²	24. Jan. 2020
<u>Mongolei</u>	29. Apr. 1994	15. Juni 2004
<u>Montenegro</u>	15. Juni 2004 ³	15. Okt. 2010
<u>Rumänien</u>	29. Apr. 1994	1. März 2000
<u>Serbien</u>	15. Juni 2004 ³	8. Jan. 2019

¹ Danach unter Serbien und Montenegro getrennt aufgeführt.

² Seit Unabhängigkeit. Zuvor unter Jugoslawien und später Serbien erfasst.

³ Zuvor unter Jugoslawien erfasst.

Eine Person, die eine sicherheitsempfindliche Tätigkeit ausübt, für die eine Ü2 (Geheimschutz) oder Ü3 benötigt wird, muss seit Juni 2022 nur Reisen in die Staaten Armenien, Belarus,

Kasachstan, Kirgistan, Russische Föderation, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan vorher anzeigen (§ 32 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/___32.html). Abs. 1 SÜG). Die Reise kann aus Sicherheitsgründen untersagt werden (§ 32 (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/___32.html). Abs. 2 SÜG). Insbesondere frühere Wohnsitze, Aufenthalte und nahe Angehörige in diesen Staaten aber auch Reisen dorthin können eine Gefährdung für Anbahnungs- und Werbungsversuche auch im Wege der Erpressung hervorrufen. Bis Juni 2022 galt, wie noch immer für Beschäftigte von Nachrichtendiensten des Bundes und

von Behörden oder Stellen des Bundes mit Aufgaben von vergleichbarer Sicherheitsempfindlichkeit gültig, die Anzeigepflicht auch für die übrigen Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken.^[2]

Siehe auch

- Sicherheitsüberprüfungsfeststellungsv
erordnung

Literatur

- Wolf-Rüdiger Schenke, Kurt Graulich, Josef Ruthig: *Sicherheitsrecht des Bundes – BPolG, BKAG, ATDG, BVerfSchG, BNDG, VereinsG*. 2. Auflage.

C.H. Beck, München 2019, ISBN 978-3-406-71602-7, S. 1789–1948.

Weblinks

- Die Sicherheitsüberprüfung. (https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/geheim-und-sabotageschutz/die-sicherheitsueberpruefung/Die-Sicherheitsueberpruefung_artikel.html). In: *verfassungsschutz.de*.
- Text des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes (https://www.gesetze-im-internet.de/s_g/index.html).
- Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan

Korte, Christine Buchholz, Annette Groth, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. – Drucksache 18/3645 – Staatenliste im Sicherheitsüberprüfungsgesetz. (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/037/1803772.pdf>). (PDF) In: Deutscher Bundestag. 19. Januar 2015.

Einzelnachweise

1. Staatenliste im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 17 SÜG. (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/staatenliste-para-13-anleitung-sicherheitsklaerung.pdf?__blob=publicationFile)

le&v=17) In: bmi.bund.de. 20. Juni 2022, abgerufen am 2. August 2022.

2. Staatenliste im Sinne von § 32 SÜG.
(https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/staatenliste-para-32-anleitung-sicherheitserklaerung.pdf?__blob=publicationFile&v=5)
In: bmi.bund.de. 20. Juni 2022, abgerufen am 2. August 2022.

Bitte den Hinweis zu Rechtsthemen beachten!

Abgerufen von

„<https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Sicherheitsüberprüfung&oldid=230923197>“

WIKIPEDIA

Diese Seite wurde zuletzt am 15. Februar 2023
um 19:00 Uhr bearbeitet. •

Der Inhalt ist verfügbar unter [CC BY-SA 3.0](#) ,
sofern nicht anders angegeben.